

MOTION von Christian Bretscher (FDP, Birmensdorf), Martin Mossdorf (FDP, Bülach) und Reto Cavegn (FDP, Oberengstringen)

betreffend Änderung der Zweckbestimmung des Strassenfonds

Der Regierungsrat wird aufgefordert, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Zweckbestimmung des Strassenfonds so ändert, dass der Unterhalt des Strassennetzes mit allgemeinen Steuermitteln finanziert wird.

Christian Bretscher
Martin Mossdorf
Reto Cavegn

Begründung:

Die Stimmberechtigten haben am vergangenen Wochenende eine Erhöhung der Strassenverkehrsabgabe erneut abgelehnt. Die vorangegangene Diskussion hat klar gezeigt, dass diese Ablehnung keineswegs als Meinungsäusserung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen den weiteren Strassen- und insbesondere Nationalstrassenbau in unserem Kanton ausgelegt werden kann.

Vielmehr ist zum Ausdruck gekommen, dass die Strassenverkehrsabgabe eine Höhe erreicht hat, die keinen Spielraum für weitere Erhöhungen mehr lässt. Gleichzeitig wurde deutlich, dass nicht mehr eingesehen wird, weshalb die Strassen und deren Unterhalt unter dem Titel "Verursacherprinzip" ausschliesslich von den Automobilistinnen und Automobilisten bezahlt werden sollen, obwohl sie auch von allen anderen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern mitbenützt werden.

Schliesslich haben wir zu spüren bekommen, wie stark das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber Parlament(en) und Regierung(en) in Steuer- und Abgabefragen gestiegen ist: Nur wenige Stimmberechtigte glaubten an Zweckbindung und Befristung, obwohl beides ausdrücklich in der Vorlage festgehalten worden ist.

Wie bei jeder anderen Staatsaufgabe ist es nun die Pflicht von Parlament und Regierung, auch in dieser Situation die Finanzierung des Strassenbaus im Kanton Zürich sicherzustellen. Aus diesem Grund sind die Mittel des Strassenfonds zu reservieren für den Neubau und die Erweiterung von Staats- und Nationalstrassen sowie die Entschärfung von Unfallschwerpunkten.

Es kann nicht angehen, dass rechtmässig und verbindlich beschlossene Strassenstücke weiter verzögert oder gar verhindert werden, weil das Stimmvolk *eine* von verschiedenen denkbaren Finanzierungsmöglichkeiten abgelehnt hat.